

Die Pressemitteilung der Stadtverwaltung Halle vom 27.10.2023 informierte darüber, dass eine städtische Informationsstelle für Opfer von Jugendgewalt eingerichtet wurde. Sie hat ihre Arbeit am 01.11.2023 aufgenommen. Damit setzt die Kommune eine der Maßnahmen um, die zwischen Land und Stadt am 02.10.2023 vereinbart wurden. Die Informationsstelle steht Kindern und Jugendlichen aus der Stadt Halle, die Opfer von Jugendgewalt geworden sind, sowie deren Eltern bzw. Sorgeberechtigten für Fragen und für beratende Informationen zur Verfügung. Die Informationsstelle ist ausschließlich per E-Mail oder telefonisch erreichbar.

Wir fragen:

1. Wie viele Kontaktaufnahmen sind seit dem 01.11.2023 bis dato eingegangen? Wie viele davon sind per E-Mail bzw. telefonisch eingegangen?
2. Wie viele der Kontaktaufnahmen erfolgten durch Jugendliche bzw. Eltern?
3. Gibt es eine Statistik hinsichtlich der Altersverteilung der betroffenen Jugendlichen? Wenn ja, wie sieht diese aus?
4. Wie viele der Betroffenen haben in ihrem Fall Anzeige bei der Polizei erstattet und wie viele nicht? Aus welchen Gründen wird keine Anzeige erstattet? Ist bekannt, ob und wie viele Betroffene nach Kontaktaufnahme mit der Informationsstelle im Nachgang Anzeige erstattet haben?
5. Welche Informationen werden in erster Linie durch die Betroffenen erfragt?
6. Wie viele Personen mit welchen Stelleanteilen bearbeiten die Anfragen der Betroffenen? Über welche Qualifikation verfügen diese Personen?
7. Warum hat sich die Stadtverwaltung gegen die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme durch Betroffene in Präsenz entschieden?
8. Werden anonymisierte statistische Daten, die durch die Informationsstelle aufgenommen werden, an die Polizei weitergeleitet?
9. Finden regelmäßige Vernetzungs- bzw. Austauschgespräche zwischen relevanten Akteuren (Beratungsstellen Kommune/Land, Jugendgerichtshilfe, Polizei, Justiz, usw.) statt? Wenn ja, in welchem Rhythmus?

gez. Melanie Ranft
Fraktionsvorsitzende